

103

„Glaube, ja-aber ohne Politik“

„So gebt dem Kaiser, was dem Kaiser gehört, und Gott, was Gott gehört!“ (Mt 22,21)

Am 13. September 2022, einem Spätsommertag in Teheran, steigen Jina Mahsa Amini, eine junge Frau aus einer kurdischen Familie, und ihre Begleiter aus der U-Bahn. Die Straßen sind geschäftig, doch eine unterschwellige Anspannung liegt in der Luft, geprägt von strengen Regeln und tiefen Widersprüchen. Ein kurzer, scheinbar alltäglicher Moment – bis die Sittenpolizei auftaucht.

Der Vorwurf: „unislamische Kleidung“. Ihr Hidschab sitzt nicht eng genug, eine kleine Abweichung, die von den Behörden als schweres Vergehen gewertet wird. Ohne Zögern wird Jina festgenommen. Ihr Bruder versucht, sie zu schützen, doch die Polizisten setzen Pfefferspray gegen ihn ein. „Nur eine Lektion“, sagen sie. Doch jene, die Jina bis zur Polizeistation folgen, hören anderes. Frauen, die das Gebäude verlassen, berichten von Schreien, die aus den Fluren dringen, und sind überzeugt: Jina wird Gewalt angetan.

Ein Überwachungsvideo zeigt später, wie sie angespannt, aber ruhig im Warteraum sitzt. Eine Polizistin deutet auf ihr Kopftuch. Dann bricht Jina plötzlich zusammen. Auf dem Weg zum Krankenhaus erlitt sie ihren Verletzungen – ein Schädel-Hirn-Trauma.

Ihr Tod wird zu einem Symbol für das Leid, das ein System verursacht, in dem Religion und Politik unentwirrbar verflochten sind. Jinas Name löst große Proteste aus, ein Aufbegehren, das Grenzen überschreitet.

Doch ihre Geschichte wirft eine alte Frage erneut auf: Können und sollen Politik und Religion getrennt werden? Und wie definieren wir überhaupt diese beiden Kräfte?

„So gebt dem Kaiser, was dem Kaiser gehört, und Gott, was Gott gehört!“ (Mt 22,21)

Ein Satz, der nach Klarheit klingt, nach einer Linie, die das Weltliche vom Göttlichen trennt. Doch die Geschichte der Menschheit ist voller Beispiele, in denen diese Linie verschwimmt, in denen Politik und Religion stark verflochten sind – oft mit verheerenden Konsequenzen.

Jina Mahsa Amini ist eines von unzähligen Opfern dieser gefährlichen Vermischung. Ihr Tod steht für mehr als eine einzelne Tragödie. Er ist Symbol für ein System, das sich auf göttliche Legitimation beruft und dabei die Freiheit erstickt. Doch sie ist nicht allein. Die Schatten der Geschichte sind voll von Namen, die von solchen Systemen gezeichnet wurden – von Kriegen, die sich als Gottes Wille verkleideten, von Unterdrückung, die im Namen der Moral gerechtfertigt wurde.

Denken wir an die Kreuzzüge. Was als „Befreiung“ heiliger Stätten verkauft wurde, war nichts anderes als ein politisches Spiel um Macht und Einfluss. Tausende starben, nicht im Namen eines Glaubens, sondern für irdische Ambitionen. Oder der Dreißigjährige Krieg, der Europa in Flammen setzte. Protestanten gegen Katholiken – so hieß es. Doch in Wahrheit waren es Könige und Fürsten, die ihre Reiche ausdehnten, während Religion nur als Vorwand diente. Und dann die Gegenwart. Afghanistan, Syrien, Iran. Die Taliban und der „Islamische Staat“, die die Worte heiliger Schriften biegen, bis sie zu Waffen werden. Oder Nordirland, wo Religion als Grenze genutzt wurde, um politische Machtansprüche zu zementieren. So viele Konflikte, so viele Leben, die in diesem Spannungsfeld verloren gingen.

Was passiert jetzt, wenn Religion und Politik sich vereinen? Der Glaube, der Trost und Orientierung bieten soll, wird zu einem politischen Werkzeug, das die Macht legitimiert und soziale Kontrolle ausübt. Anstatt Menschen zu ermutigen, Liebe und Nächstenliebe zu leben, wird er dazu verwendet, gesellschaftliche Normen zu erzwingen und Minderheiten zu unterdrücken. Die Politik verliert ihr Ziel, Gerechtigkeit zu schaffen, und wird parteiisch, indem sie sich religiösen Dogmen unterordnet. Entscheidungen werden nicht mehr auf objektiven, menschlichen Bedürfnissen basierend getroffen, sondern nach einem religiösen Moralverständnis, das die Rechte des Einzelnen missachtet.

So entstehen autoritäre Systeme, in denen die Trennung zwischen öffentlicher Ordnung und persönlichem Glauben verwischt, was die Freiheit des Einzelnen gefährdet.

Jina Mahsa Aminis Schicksal ist ein Mahnmal. Eine Sittenpolizei, die vorgibt, im Namen eines göttlichen Gesetzes zu handeln, beschließt, ein Leben zu brechen, weil ein Hidschab „nicht korrekt“ sitzt. Solche Systeme erheben sich über den Einzelnen, über die Würde und die Freiheit. Sie reden von Moral, doch sie zerstören sie.

Doch die Trennung von Religion und Politik stellt eine große Herausforderung dar, da beide

Bereiche tief in unseren Werten und Überzeugungen verwurzelt sind. Der Glaube wirkt oft wie ein innerer Kompass, der unser Handeln leitet, doch die Vermischung von Religion und Politik hat das Potenzial, diesen Kompass zu entstellen. Politik sollte ein Raum sein, in dem Gerechtigkeit und Gleichheit herrschen, unabhängig von religiösen Überzeugungen. Wenn religiöse Prinzipien in politische Entscheidungen einfließen, kann das zu Ungleichheit und Diskriminierung führen. Gleichzeitig darf Religion nicht zum Instrument politischer Macht werden, denn dadurch verliert sie ihre ursprünglich transzendente, spirituelle Kraft. Eine klare Trennung dieser beiden Bereiche ist daher nicht nur eine Notwendigkeit für die politische Gerechtigkeit, sondern auch ein Schutz für die Freiheit des Glaubens. Nur so kann die Religion ihren tiefen Sinn bewahren, ohne in den Strudel weltlicher Machtkämpfe gezogen zu werden.

Jinas Geschichte ist eine von vielen. Die Kreuzzüge sind ein weiteres Kapitel. Nordirland, Syrien, Afghanistan – die Liste ist endlos. Sie alle flüstern uns zu, dass die Vermischung von Glaube und Macht niemals Freiheit und Frieden bringt. Und dass die Grenze zwischen Kaiser und Gott nicht nur eine theologische Idee ist, sondern eine Voraussetzung für Menschlichkeit.

Denn nur in der Trennung dieser beiden Kräfte können wir ihren wahren Wert erkennen – die Politik als Hüterin der Gerechtigkeit, die Religion als Quelle von Hoffnung und Sinn.

Es ist Zeit, dass auch wir uns dieser Verantwortung stellen. Die Grenze zwischen dem Weltlichen und dem Göttlichen zu achten, bedeutet nicht nur eine historische Lektion – es bedeutet, die Zukunft unserer Freiheit und Würde zu sichern. Die Entscheidung liegt bei uns.